

# Caritas-Schwarzbuch

der Sozialkürzungen

# 2004





*Caritas Vorstand Dr. Albert Hauser*

# Caritas-Schwarzbuch der Sozialkürzungen

# 2004

# Schwarzbuch der Sozialkürzungen 2004

Die Sozialpolitik ist in den vergangenen Monaten zum zentralen innenpolitischen Thema in Bund und Land geworden. Reformen, Sparmaßnahmen, Kürzungen: Bund und Länder wetteifern um den ersten Platz als Meistersparer. Wichtigster Baustein in den Sanierungsplänen ihrer Haushalte ist der „Umbau“ des Sozialstaats. Schlanker soll er werden, familienfreundlicher und sozialverträglich. Die Realität ist eine andere. Statt eines Umbaus erleben wir den Abbau des Sozialstaats, eines Gefüges, das sicher Mängel hat und Missbrauch nicht ausschließt, das aber auch den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens, eines Überlebens geboten hat.

In Bayern kommen die geplanten Kürzungen auf allen politischen Ebenen - Staatsregierung, Bezirke und Kommunen - einem Kahlschlag gleich. Betroffen sind, und das ist in hohem Maße unsozial, in erster Linie Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderung, ausländische Familien, Kinder und Jugendliche, kranke Menschen. In ihrer Eigenschaft als Anwalt aller Menschen, die Hilfe brauchen, zeigt die Caritas auf, was die geplanten Kürzungen bedeuten, nicht in der Theorie finanzpolitischer Sparpläne, sondern in der Realität des bayerischen Alltags.

Die Caritas wird - wie die anderen Wohlfahrtsverbände und freien Träger - auf die Einsparungen mit eingeschränkten Beratungsangeboten, langfristig sogar mit der Einstellung sozialer Dienste, reagieren müssen. Die Folgen tragen die Klienten und Patienten, aber auch die Gesamtheit der Steuerzahler. Denn das kurzfristige Schielen auf vordergründige Spareffekte bringt nicht nur den sozialen Frieden in Bayern in Gefahr - es verursacht lediglich eine Verschiebung der Kosten, keine effektive Reduzierung. So erhöhen sich durch die Verlagerung der Schwerpunkte von ambulanter auf stationäre Behandlung als Folge der Mittelkürzungen für ambulante Dienste die Kosten für stationäre Unterbringung um ein Vielfaches: Eine Abstimmung von Konzepten, Interessen und Strategien zwischen Staat, Bezirken und Kommunen tut not.

Das hier vorliegende „Schwarzbuch“ ist sicher nur vorläufig und wird jeweils um die aktuellsten Kürzungen erweitert werden. Doch schon aus diesen 6 Beispielen wird klar: Dieser Weg führt nicht zu einem sozialen Musterstaat Bayern, wie ihn der Ministerpräsident in seiner Regierungsantrittsrede entworfen hat, sondern in einen unsozialen Staat und eine unsolidarische Gesellschaft mit massiven sozialen Folgeproblemen für Generationen.



zu **100%**  
gestrichen

# Insolvenzberatung

## Kürzungen der Bayerischen Staatsregierung: Streichung

### Maßnahmen der Caritas:

Insolvenzberatungen werden ab 2004 eingestellt.

### Auswirkungen für die Gesellschaft:

Personen mit Schulden wird der Neuanfang erschwert. Insolvenzberatung auf Beratungsschein bei Rechtsanwälten ist für die meisten keine Lösung. Nachhaltige Sanierung bedarf einer umfassenden Beratung, die die soziale Situation einbezieht und darauf abzielt, Neuverschuldung zu vermeiden. Beratung auf Beratungsschein deckt die zeitaufwändige Beratung nicht! Viele Rechtsanwälte beraten nicht auf Beratungsschein. Statt Wiedereingliederung in Gesellschaft und Arbeitsprozess droht permanente Ausgrenzung und Abstieg.

- *Beispiel:* Familie. Eltern, 2 Kinder. Mietwohnung. Monatliche Belastung durch Raten für: PKW, Einbauküche, Kredit für Ausbildung von 1 Kind. Vater, 55, wird arbeitslos. Ratenzahlungen können nicht eingehalten werden. Mahnverfahren, Zwangsvollstreckung. Sackgasse Sozialhilfe.
- *Beispiel:* Auszubildender. Erste Schulden mit dem Handy. Dann Kredite für Hi-Tech-Elektronik (PC, DVD, Videokamera etc.), Wohnung, Urlaub. Alles von den Banken erleichtert. Mit 25 überschuldet. Kein Job in Aussicht. Keine Wohnung.

## Forderungen:

Fortsetzung der Förderung - zumindest im Rahmen der bisher gewährten Fallpauschalen in den Schuldnerberatungsstellen. Schuldner brauchen einen leistbaren Zugang zum Insolvenzverfahren. Der Verweis an Rechtsanwälte bedeutet keine Entlastung, sondern lediglich eine Kostenverschiebung.



50%

Kürzungen

# Betreuung von Asylbewerbern

## Kürzungen der Bayerischen Staatsregierung: über 61 Mio Euro

### **Maßnahmen der Caritas:**

Bereits abgebaut: 5 Asylberatungen in München. Geplant: Ausstieg aus dem gesamten Migrationsbereich bis 2005. Direkte Folge: Wegfall der Ehrenamtlichen- und Gemeinwesenarbeit im Umfeld von Unterkünften.

### **Auswirkungen für die Gesellschaft:**

Asylbewerber sind Menschen, die aus den Krisengebieten der Welt bei uns Schutz suchen. Sie sind durch die Genfer Konvention geschützt und können nur dann wieder in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, wenn ihnen dort keine Gefahr für Leib und Leben droht. Dies ist aber so lange der Fall, wie die öffentliche Ordnung im Herkunftsland noch nicht sichergestellt ist, z.B. im Irak oder in Afghanistan. Auch ehemalige Asylbewerber mit Aufenthaltstatus müssen oft in Unterkünften leben, obwohl sie eigentlich integriert werden müssten.

- *Beispiel:* Familie. Eltern, 2 Kinder. Zu Beginn des Angriffs auf den Irak nach Deutschland geflohen. Eines der Kinder ist durch die Giftgas-Attacken des 1. Golfkriegs geschädigt und entwicklungsverzögert. Beide Kinder sind traumatisiert und werden hier behandelt. Inzwischen gehen die Kinder in deutsche Schulen. Die Familie lebt in einem Asylbewerberheim auf 2 mal 12 qm unter Lebensumständen, die sie gerne hinter sich lassen würde. Im Irak gehören sie zur Oberschicht. Doch sie wollen ihre Kinder nicht wieder der Lebensgefahr aussetzen. Ihr Schutz wird von der Genfer Konvention garantiert. Während ihres Aufenthaltes hier brauchen sie Unterstützung und Hilfe, um die Zeit gut zu überstehen und um ihre Rückkehr vorzubereiten.

## **Forderungen:**

Rücknahme der unter unzutreffenden Voraussetzungen festgesetzten Kürzungen zur Sicherung einer ausreichenden Betreuung der derzeit in Bayern lebenden Asylbewerber.



70%

Kürzungen

# Ausländersozialdienste

## Kürzungen der Bayerischen Staatsregierung: über 1,7 Mio Euro

### Maßnahmen der Caritas:

Bereits abgebaut: 2,2 Stellen im Ausländersozialdienst in München, Schließung des Ausländersozialdienstes in Traunstein. Geplant: Ausstieg aus dem gesamten Migrationsbereich bis 2005.

### Auswirkungen für die Gesellschaft:

Die Zahl der Zuwanderer steigt - derzeit liegt sie bereits bei 10 bis 20%: EU-Erweiterung und Globalisierung stellen uns vor neue Herausforderungen. Ohne Integration - d.h. die beratende Hilfe der Migranten auf der einen und die Förderung der Beteiligung der Einheimischen auf der anderen Seite - steuern wir ein multinationales Chaos mit erheblichen sozialen Problemen an: Jugendliche finden keinen beruflichen Einstieg, ältere Migranten verelenden, Behörden können ohne sprachliche Mittler mit interkultureller Kompetenz nicht kommunizieren. Die Caritas leistet mit qualifizierten Beratern ihren Beitrag - der Staat muss die versprochenen Hilfen zur Integration umsetzen.

- *Beispiel:* Italienisches „Gastarbeiterhepaar“ im Rentenalter. Kurz vor der Pensionierung kommen Krankheiten, betriebsbedingte Kündigung. Ihre Deutschkenntnisse reichen nicht aus für den nun anfallenden Behördenkontakt. Sie brauchen Unterstützung in einem Land, für das sie ein Arbeitsleben lang tätig waren.
- *Beispiel:* Russische Familie mit deutschen Wurzeln. Die Eltern geben alles auf, kommen hierher. Doch der Kultursprung ist ohne Integrationshilfe nicht zu bewältigen. Auch die Kinder haben große Integrationsprobleme. Sie brauchen Unterstützung, um hier neue Wurzeln statt neuer Probleme zu finden.

## Forderungen:

Flächendeckende migrationsspezifische Versorgung mit interkultureller Kompetenz. Auch wenn die Finanzierung der Zuwanderung unklar ist, liegt der Vollzug des Ausländergesetzes in der Verantwortung der Länder.



**18%**

Kürzungen

# Ambulante sozial- psychiatrische Beratung

## Kürzungen des Bezirks Oberbayern: Krankenkassen-Anteil

### Maßnahmen der Caritas:

Einschränkung des Beratungsangebots, u.U. Schließung der Dienste

### Auswirkungen für die Gesellschaft:

Jeder Dritte macht im Laufe des Lebens eine Krise durch, die nur durch psychiatrische Behandlung zu meistern ist. Arbeitslosigkeit, Vereinsamung und wachsende Armut sorgen für eine steigende Tendenz. Durch Einrichtung der ambulanten sozialpsychiatrischen Beratung konnten und können viele Betroffene den Klinikaufenthalt umgehen bzw. reduzieren. Sie werden in ihrem Umfeld betreut. Das stärkt ihre Stabilität, fördert die Heilung und ist für die Gesellschaft erheblich kostengünstiger. Die Kosten für die ambulante Betreuung pro Person und Tag liegen bei ca. 15 Euro, die Kosten eines stationären Aufenthalts liegen bei 150 bis 200 Euro.

- *Beispiel:* Ein 30-jähriger Mann leidet unter einer durch Arbeitsplatzverlust ausgelösten Depression. Nach stationärem Aufenthalt zur Stabilisierung wird er nach Hause entlassen. Hier setzen die ambulanten Hilfen des Sozialpsychiatrischen Dienstes ein. Tagesgruppe, Einzelbetreuung, Kurse und Wiedereingliederungsmaßnahmen in die Arbeitswelt ermöglichen ihm eine schrittweise Rückkehr in die Gesellschaft. Ohne ambulante Dienste wäre der Mann auf Dauer oder immer wieder in stationärer Behandlung - ohne Hoffnung auf Wiedereingliederung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

### Forderungen:

An alle: Erhaltung des Grundsatzes „Ambulant vor Stationär“. An die Krankenkassen: Übernahme des Anteils in Höhe von 18%. An das Sozialministerium: Klärung der Interessenkollision von Staatsregierung und Bezirk.



80%

Kürzungen

# Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen

## Kürzungen der Bayerischen Staatsregierung: rund 2 Mio Euro

Dies bedeutet den Ausstieg aus den Wiedereingliederungsmaßnahmen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit und damit den Rückzug aus dem sog. 2. Arbeitsmarkt.

### Maßnahmen der Caritas:

Reduzierung von Integrationsarbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, da erwartet wird, dass nach Hartz III und IV keinerlei Ersatzförderung von den Agenturen für Arbeit gewährt werden wird.

### Auswirkungen für die Gesellschaft:

Die nicht mehr betreuten Klienten können nicht mehr in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vermittelt werden und erhalten stattdessen - ab 2005 - Arbeitslosengeld II - was langfristig zu einer Ausgabenerhöhung führt, da sie ohne Hilfe auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht vermittelbar sind. Hinzu kommt die Verelendung der Betroffenen mit Folgekosten in den Bereichen Gesundheit, Psychiatrie etc. Auch hier: Statt Wiedereingliederung in Gesellschaft und Arbeitsprozess droht Ausgrenzung und Abstieg.

- *Beispiel:* Eine Frau Mitte vierzig, im Bürobereich gut qualifiziert und erfahren, verliert durch lange Krankheit ihren Arbeitsplatz. Nach intensiven Therapien wird sie durch Wiedereingliederungsmaßnahmen für den 1. Arbeitsmarkt aufgebaut. Es gäbe Bedarf für ihre Arbeitskraft. Sie könnte arbeiten und ihren Beitrag im Sozialsystem leisten. Ohne Maßnahme bleibt sie langfristig ein Fall für eine staatliche Unterstützung.
- *Beispiel:* Auszubildender mit abgebrochener Lehre und zeitweisen Drogenproblemen. Kann durch Maßnahmen wieder voll in den Arbeitsmarkt integriert werden - genau dort, wo Bedarf herrscht.

## Forderungen:

Die Kürzungen müssen zurückgenommen und an das SGB II und III angepasst werden. Es wird weiterhin ein Landesprogramm auch als Kofinanzierung für ESF-Maßnahmen benötigt.



# Berufsbildende Schulen im Sozialbereich

## Kürzungen der Bayerischen Staatsregierung im Bereich Unterricht und Kultus:

- Streichung der Lernmittelfreiheit
- Kürzung von Anrechnungsstunden für Beratungslehrer
- Kürzungen bei der Finanzierung von Teilzeitkräften (auf die gerade kleine Schulen mit einem differenzierten Lehrplan dringend angewiesen sind!)
- Aussetzung der Bau-Bezuschussung

### Notwendige Maßnahmen der Caritas:

- Erhöhung des Schulgeldes (für die Betroffenen kaum noch tragbar)
- Einschränkung von Angeboten, die der Unterrichtskoordinierung, der fachlichen Vertiefung und der Förderung der Sozialkompetenz dienen
- Mangels Renovierung Investitionen in eigentlich nicht tragbare Notlösungen, die langfristig teuer zu stehen kommen
- Schließlich: Einschränkung oder Einstellung der Ausbildung

### Auswirkungen für die Gesellschaft:

Die Nachfrage nach Fachkräften in pflegerischen, heil- bzw. sozialpädagogischen Berufen nimmt zu. Der Mittelentzug aber gefährdet private Schulen, die diese Ausbildungen fachlich hochwertig und mit einer klaren Werteorientierung anbieten. Schon heute investieren sie enorme Eigenmittel, eine weitere Belastung wird zum Rückzug aus der Ausbildung und damit zum Fachkräftemangel führen. Eine Abwälzung der Kosten auf die Auszubildenden ist nicht möglich, da diese bereits hohe Belastungen zu tragen haben. Die Attraktivität der von der Staatsregierung gerne gelobten sozial-pflegerischen Berufe würde noch weiter absinken. Kürzungen im Schulbereich sind Sozialabbau.

## Forderungen:

Rücknahme der für die privaten, berufsbildenden Schulen geplanten Kürzungen. Klare Perspektiven seitens der Landesregierung, inwieweit man private Schulen noch fördern will.



Gläubiger und ein Verzeichnis der ges  
en Forderungen  
r. 6 ist keine zustellungsfähige Ansch  
darauf hingewiesen, daß sein Antrag  
nzverfahrens als zurückgenommen gilt, w  
s Monats ab Zustellung dieses Beschlus  
nachkommt.

artigung mit der Urschrift  
stelle

BAYERN

# Die Caritas fordert:

Ein Umbau der sozialen Systeme ist notwendig, allerdings in sozial verträglichem Rahmen als solidarischer Ausgleich zwischen Stärkeren und Schwächeren, um den sozialen Frieden zu wahren.

## **Wir fordern deshalb:**

Auf Landesebene:

1. Das Ziel, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, muss auf das Jahr 2010 verschoben werden.
2. Die Kürzungen im Sozialhaushalt müssen deutlich unter 10 Prozent im Haushalt 2004 und 2005 liegen.
3. Statt Diktat von oben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Wohlfahrtsverbänden und Staat beim Umbau des Sozialstaats.
4. Eine solidarische Reform des Sozialstaates, die Bessergestellte mehr und sozial Schwache weniger belastet!
5. Finanzielle Unterstützung des Freistaates für die bayerischen Bezirke und Kommunen und eine nachhaltige Reform der Gemeindefinanzen, damit die Bezirke und Kommunen wieder ihren sozialen Aufgaben gerecht werden können!

Auf Bezirksebene:

1. Die Klärung von Interessen - und strategischen Konflikten zwischen Bezirken und Staatsregierung.
2. Die Berücksichtigung bzw. Wahrung des Grundsatzes ambulant vor stationär in allen Bereichen (Sozialpsychiatrie, Alten- und Behinderten-Pläne).

## **Wir fordern generell:**

Nicht was ein hilfebedürftiger Mensch kostet, darf primär und auf Dauer die Politik bestimmen, sondern das, was er zu einem menschenwürdigen Leben braucht.

Keine weiteren einseitigen Sparmaßnahmen auf Kosten sozial schwacher, kranker, alter oder behinderter Menschen und Familien mit Kindern in Bayern!

***Impressum:***

*Caritasverband der Erzdiözese*

*München und Freising e.V.*

*Dr. Maria-Jolanta Boselli*

*Pressestelle*

*Hirtenstraße 4*

*80335 München*

*Telefon: (089) 55 169 260*

*pressestelle@caritasmuenchen.de*

*V.i.S.d.P. Elmar Pabst*

*Grafische Gestaltung*

*ideeeins werbeagentur*

*www.ideeeins.de*

# Caritas-Schwarzbuch der Sozialkürzungen

# 2004

Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.  
Hirtenstraße 4 · 80335 München

